Bezugspreis:
Halbmonatl. in Neuenbürg 75 Goldpfg. Durch die Postämter Orts- u. Oberamtsverkehr, sowie im sonst. inl. Verk. 75 G.-Pf. m. Postbestellgeld. Preise freibleib., Nachforderung vorbehalten. Preis einer Nummer 10 Goldpfg.

In Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen u. Austrägerinnen jederzeit entgegen.

Girokonto: Nr. 24 O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der G. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis:
Die einsp. Petitzeile oder deren Raum im Bezirk 15, außerh. 20 Goldpfg., Reklame-Zeile 50 Goldpfg. m. Ind.-Steuer. Kollekt.-Anzeigen 100 Zuschlag. Offerte und Auskunfterteilung 20 Goldpfg. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifveränderungen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft.
Fernsprecher Nr. 4.
Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

№ 141 | Neuenbürg, Mittwoch, den 18. Juni 1924. | 82 Jahrgang

Deutschland.

Berlin, 17. Juni. Der Vorstand des Reichsverbands der Deutschen Industrie hat den Ausschuß des Reichsverbandes auf den 2. Juli nach Berlin eingeladen, um zu der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage und den gesamten Fragen des Reparationsproblems, insbesondere zu dem Inhalt des Sachverständigengutachtens Stellung zu nehmen, da bis dahin voraussichtlich die Arbeiten der von der Reparationskommission eingesetzten Einzelausschüsse in Paris zu einem gewissen Abschluß gelangt sein werden. Zur Vorbereitung dieser Verhandlungen sind neben dem Ausschuß des Reichsverbandes für allgemeine Reparationsfragen seit Monaten drei Sonderausschüsse tätig, in denen die Einzelfragen behandelt werden. Die „Deutsche Zeitung" macht sich Hoffnungen, daß der Reichsverband seine zustimmende Haltung im letzten Augenblick ändern oder doch zum mindesten weiter einschränken werde. Anhaltspunkte, die diese Auffassung rechtfertigen könnten, liegen indessen, soweit wir unterrichtet sind, noch nicht vor.

Berlin, 17. Juni. Reichsaußenminister Dr. Stresemann hatte eine Besprechung mit den Parteiführern über die Vertraulichkeit der Ausschußverhandlungen.

Justizminister Beyerle zur neuen Koalition.

Stuttgart, 17. Juni. In einer Vertreterversammlung der Zentrumspartei von Groß-Stuttgart sprach Justizminister Beyerle, der Landesvorsitzende der Zentrumspartei, über Regierungsbildung und Regierungsprogramm. Das Deutsche Volksblatt faßt seine Ausführungen dahin zusammen: So wenig das Zentrum sich in einer Koalition mit der Sozialdemokratie und der Demokratie hat von seiner Hauptaufgabe abdrängen lassen, von der großen Aufgabe des mäßigenden Elementes, des politischen Regulators, der verhütet, daß die Extreme den Ausschlag geben, ebensowenig wird das Zentrum auch in der neuen Koalition sich von dieser großen Aufgabe abbringen lassen. Dabei wird es seinen besonderen Nachdruck auf den sozialen Gedanken legen, weder einer einseitigen Erzeuger-, noch einer einseitigen Verbraucherpolitik, sondern dem Gedanken der ausgleichenden Gerechtigkeit das Wort reden. Nicht minder gilt des Zentrums Sorge der Förderung der Wirtschaft, insbesondere der Behebung der Kreditnot. Mit allem Nachdruck ist es bemüht, in der Frage der Aufwertung eine Aenderung der Dritten Steuernotverordnung zu erreichen. Das Zentrum wird auch nicht die finanzielle Erhaltung der Kirchen vergessen, und hier wird das Eintreten für die Gleichberechtigung unserer katholischen Kirche eine besondere Aufgabe des Zentrums sein. Nach wie vor gilt der Kampf des Zentrums gegen die Welle des Bolschewismus, der sich besonders auch gegen Württemberg richtet, einmal durch eine Politik der sozialen Gerechtigkeit, dann aber auch durch einen energischen und entschiedenen Kampf gegen alles gewaltsame Vorgehen gegen den Staat. Der Schutz des Staates und die Festigung seiner Autorität ist nach wie vor Hauptgrundsatz der Zentrumspolitik. Nur in der Hand des Staates dürfen die Machtmittel zu seinem Schutze liegen.

Die Erhöhung der Militärrenten.

Berlin, 16. Juni. Im Zusammenhang mit der Aenderung der Beamtenbezüge ist an die Stelle der bisher geltenden Erhöhung der Militärrenten um 24 Prozent mit Wirkung vom 1. Juni ab eine Erhöhung der Renten um 40 Prozent getreten. Da die Versorgungsämter bei der Zahlung der Renten für Juni nur eine Rentenerhöhung um 24 Prozent berücksichtigen konnten, so wird die Nachzahlung der restlichen 16 Prozent mit der Rentenzahlung für Juli (Ende Juni) verbunden. Die Versorgungsämter legen demzufolge der Julizahlung eine Rentenerhöhung um 40 Prozent plus 16 Prozent gleich 56 Prozent zugrunde. Bei der Zusatzrente werden die Fürsorgestellen die Erhöhung um 40 Prozent bereits bei der Junizahlung (Mitte Juni) berücksichtigen.

Der Widerhall der Drohrede Herriots in der Berliner Presse.

Berlin, 16. Juni. Herriots Aeußerungen zu den französischen Journalisten machen in der Berliner Presse viel böses Blut. Einzig und allein die „Vossische Zeitung" nimmt die französische Brüskierung ohne Wimperzucken hin: „Was Herriot gesagt, sei nichts anderes, als was die politische Vernunft erwarten mußte". Das „Berliner Tageblatt" redet Herriot sehr ernstlich ins Gewissen: Er täte gut, die Rezepte zu zerreißen, die er und sein Kriegsminister in dem Medizinkasten Poincarés gefunden haben. Ein Kommentar des „Vorwärts", in dem schließlich als ultima ratio die schleunige Annahme der Kontrollforderungen anempfohlen wird, verrät deutlich Verlegenheit. Die Rechtspresse ist obenauf. Sie stellt einmütig fest, daß in der außenpolitischen Richtung der neuen französischen Regierung eine Aenderung der Gewalt- und Erpresserpolitik gegen Deutschland nicht zu erwarten sei. Sie denkt natürlich nicht daran, sich einmal die Frage vorzulegen, inwieweit sie selbst durch die Begünstigung der Kriegsspielerei Herriot den Vorwand geliefert hat, in dieser Tonart zu uns zu sprechen. Herriot aber könnte aus der Lektüre gerade der rechts gerichteten Presse ersehen, wie falsch er die psychologische Wirkung seiner Ansprache auf die Deutschen eingeschätzt hat. Er will, so erklärte er, die Nationalisten treffen, schlägt aber glatt daneben. Denn jetzt rüsten sich die Ultras erst recht und rufen triumphierend: Seht Ihr, wir haben es gleich gesagt. So sind die Worte Herriots durchaus dazu angetan, die Position gerade derer, die er bekämpfen will, gegenüber den zur Verständigung bereiten Kreisen zu stärken. Wenn es ihm, wie man vielfach anzunehmen geneigt ist, in erster Linie darauf ankam, dem bloc national durch stramme Haltung in der Sicherungsfrage zu imponieren, so hätte er das zum mindesten in geschickterer Form tun können. Die Atmosphäre der Verhandlungen über das Sachverständigengutachten hat jedenfalls eine nicht unbedenkliche Trübung durch diesen Ausfall Herriots erhalten, sehr zum Leidwesen derer, die, ohne Illusionisten zu sein, doch eine gemäßigtere Haltung von der gegenwärtigen Regierung Frankreichs sich erhofft haben.

Rückgang des Güterverkehrs.

Das deutsche Wirtschaftsleben, das im Mai unter der allgemeinen Kreditnot, besonders unter den Wirkungen der Streiks an der Ruhr, in Oberschlesien und in Sachsen litt, zeigte auch im Spiegel der Verkehrsbewegung Verschlechterungen. Die täglichen Leistungen der Eisenbahn gingen entsprechend den geringen Wagenanforderungen zurück. Da die Förderung in den vom Streik heimgesuchten Bergbaugebieten stark sank, standen die nach der Ruhr planmäßig ablaufenden leeren Wagen teilweise unbenutzt umher. Der Uebergangsverkehr mit der französischen Verwaltung blieb infolge der geringen Kohlenbeförderung schwach. Es wurden im Mai nur 21 677 Wagen beladen, gegenüber 74 223 im Vormonat (46 893 im Mai 1923); in Oberschlesien wurden nur 15 202 beladen, gegenüber 79 622 im Vormonat (56 144 im Mai 1923). Zur Abbeförderung der Kohlen aus den sächsischen Gebieten genügten 66 186 Wagen, im Vormonat mußten 86 510 Wagen gestellt werden (im Mai 1923 78 245). Aus den mitteldeutschen Braunkohlengebieten wurden im Mai etwa die gleichen Mengen wie im Vormonat (etwa 200 000 Wagen) abbefördert. Die finanziellen Schwierigkeiten der Landwirtschaft zeigten sich auch im Bezug künstlicher Düngemittel, besonders von Kali. Zur Verladung künstlicher Düngemittel wurden insgesamt 12 847 Wagen gegenüber 30 645 im April und 38 570 im Mai 1923 gestellt. Der Versand von Kartoffeln, Brotgetreide, Mehl sowie Zucker ist gleichfalls erheblich zurückgeblieben.

Ein japanischer Großkaufmann über die deutsch-japanischen Handelsbeziehungen.

Der japanische Großkaufmann Suga hält sich zur Zeit in Deutschland auf, um die Möglichkeiten einer weiteren Belebung des deutsch-japanischen Handels zu studieren. Suga ist Direktor und Mitinhaber der Firma Asamuma u. Co. in Tokio, eines der größten Einfuhrhäuser Japans. — Einem Vertreter der „Tll." äußerte sich Suga über die wirtschaftlichen Folgen des amerikanisch-japanischen Streits. Es werde eine ungeahnte Boykottbewegung gegen amerikanische Ware und alles Amerikanische kommen, und es dürfte daher besonders der deutschen Wirtschaft nicht schwer fallen, diese günstige Lage auszunutzen und zur Verdrängung der amerikanischen Waren auf dem japanischen Markt beizutragen. Voraussetzung sei natürlich eine weitere Herabsetzung der deutschen Ausfuhrpreise um 20 Prozent (!) und Gewährung großzügiger Bedingungen, denn auch Japan mache zurzeit eine schwere Wirtschaftskrise durch. Suga glaubt, daß Japan sowohl wie Deutschland im Herbst dieses Jahres die Krise überstanden haben, und daß dann für beide Länder eine Zeit ungeahnten wirtschaftlichen Aufschwungs eintreten werde. Amerika werde natürlich den japanischen Boykott mit einem amerikanischen Boykott gegen die japanische Seidenausfuhr beantworten; dies lasse jedoch die Japaner gleichgültig, denn „ebenso wie während des Krieges, als der unmittelbare Bezug von deutschen Waren unmöglich war, sich die ganze Welt auf allen möglichen Umwegen deutsche Waren zu verschaffen suchte, so wird Amerika jetzt japanische Seide auf dem Umweg über China oder England beziehen müssen, denn es ist für Amerika unmöglich, ohne die hochwertige japanische Seide auszukommen". Suga glaubt an das Zustandekommen eines deutsch-japanischen Handelsvertrags in absehbarer Zeit. Die Anregung müsse jedoch von der deutschen Diplomatie ausgehen.

Ausland

Genf, 17. Juni. Der Völkerbundsrat hat auf Antrag Lord Parmoors die Gesamtverantwortung der Saarkommission für Regierungshandlungen eines einzelnen Mitgliedes festgestellt und damit die eigenmächtigen Schritte des französischen Saarkommissars mißbilligt.

Paris, 17. Juni. Wie die „Humanitee" meldet, sind in den letzten fünf Tagen in Paris fast 4000 Pässe für Reisen nach der Schweiz ausgestellt worden. Das Blatt sieht in diesem Rekord die erste Auswirkung der kommenden Maßnahmen gegen das französische Kapital und fordert ein schnelles Zugreifen der Regierung, um die Verschiebung des französischen Kapitals nach dem Auslande unmöglich zu machen.

London, 16. Juni. Großes Aufsehen erregt die Einkreisung und Festhaltung des britischen Gesandten in Mexiko, City Sir Cummins. Er wurde von der mexikanischen Polizei verständigt, daß er, wenn er das Botschaftsgebäude verlassen wollte, in ein Polizeiauto gesetzt und außer Landes gebracht würde. Macdonald erläuterte im Unterhause den Zwischenfall mit Mexiko und bestätigte, daß der britische Vertreter in der Botschaft belagert wird.

Die Abrüstungsheuchelei.

Genf, 16. Juni. Die Entschließungen, welche die letzte Völkerbundsversammlung im September hinsichtlich der Abrüstungsfrage gefaßt hatte, stellten große Vergleiche dar. Es handelte sich um die „Empfehlung" an die einzelnen Regierungen, daß, solange ein allgemeiner Abrüstungsplan nicht vorliege und angenommen sei, die Regierungen gebeten werden, die im Heeresbudget für 1923 vorgesehenen Ausgaben auch weiterhin nicht zu überschreiten. Eine weitere Abschwächung der in der Abrüstungsfrage vorliegenden Anträge nahm der Völkerbundsrat in seiner gestrigen Sitzung vor. Nachdem der englische, der französische, schwedische, italienische und japanische Vertreter erklärt hatten, daß, obwohl ihre Länder allgemein den ernsten Willen zur Abrüstung besitzen und auch in die Praxis umgesetzt haben, sie doch für ihre Länder keine feste Verpflichtung hierüber eingehen könnten. Der Rat legte daraufhin durch einstimmigen Beschluß diese Empfehlung dahin aus, daß sie den Mitgliedern keinerlei Verpflichtung auferlegt, sondern eine reine Benachrichtigung darstelle.

Rücktrittsangebot des italienischen Gesamtkabinetts.

Rom, 17. Juni. Die Affäre Matteotti wächst sich immer mehr zu einer politischen Krise ersten Ranges aus. Auf Anregung eines Ministers hat heute das gesamte Kabinett die Demission angeboten. Mussolini hat noch keine Entschlüsse gefaßt. Für heute abend ist der Ministerrat einberufen worden. Die Flucht Filippellis wird bestätigt. Außerdem hat sich der Pressechef Cesare Rossi der Verhaftung durch Flucht entzogen. Ueber die Flucht Filippellis wird noch berichtet, daß er zuletzt auf dem Bahnhof von Piacenza gesehen worden sei. Zwei faszistische Abgeordnete riefen Schutzleute herbei, die sich aber weigerten, ihn zu verhaften. Bis ein höherer Beamter zur Stelle war, war die Spur bereits verloren. Der Quaestor von Rom ist seines Amtes enthoben worden, ebenso der Generaldirektor der Polizei. Das Verhalten der Polizei wird selbst in den Kreisen der Faszisten nicht gebilligt. Die Lage verschärft sich dadurch, daß von kommunistischer und sozialistischer Seite der Versuch gemacht wird, Streiks und große Kundgebungen hervorzurufen. Allerdings ist infolge einer Warnung der sozialistischen Parteileitung der verschiedentlich stark propagierte Generalstreik fast nirgends durchgeführt worden. In Rom sind Truppen zusammengezogen worden. Gleichzeitig versammeln sich in Rom Truppen der Faschisten. Ein Communique des Ministerpräsidenten warnt die Zeitungen davor, unkontrollierbare Gerüchte in Umlauf zu setzen, widrigenfalls mit Präventivzensur gedroht wird. Die Haftbefehle, die gegen die Hauptbeschuldigten erlassen wurden, lauten, da der Leichnam Matteottis noch immer nicht gefunden ist, auf gesetzwidrige Freiheitsberaubung Matteottis.

Pariser Angriffe gegen Mussolini.

Paris, 17. Juni. Während die nationalistischen Blätter über die Vorgänge in Italien namentlich die Ermordung Matteottis ausschließlich offiziöse römische Berichte veröffentlichen, publizieren linksrepublikanische und sozialistische Organe die heftigsten Angriffe gegen Mussolini, den sie als den eigentlichen Urheber des Verbrechens bezeichnen. Die Art und Weise, in der die italienische Regierung von diesen Organen angegriffen wird, ist ungemein scharf und dürfte, wie man in gewissen Kreisen erklärt, ihre Rückwirkung auf die Beziehungen zwischen der römischen und der neuen französischen Regierung haben.

Maginots Abschiedsrede.

Paris, 17. Juni. Der frühere Kriegsminister Maginot hat beim Verlassen des Kriegsministeriums an seine Mitarbeiter eine Ansprache gehalten und darin unter anderem ausgeführt: „Wir, Sie und ich, haben bisher alles getan, was in unseren Kräften stand, um dem Lande seine starke Armee zu bewahren, und sicherten ihm dadurch die notwendigen Vorbedingungen für seine wirtschaftliche Kraft. Wenn wir nicht über eine so große Armee verfügt hätten, so wäre es uns unmöglich gewesen, die Verpflichtungen auszuführen, welche der Armee auferlegt wurden. Derjenige, welcher nach mir den Dienst übernehmen wird, wird genau so handeln wie ich. Der frühere Vorsitzende der Militärkommission weiß besser als jeder andere, an was er sich zu halten hat. Er weiß besser als jeder andere Bescheid über die militärischen Absichten Deutschlands, er weiß, was Deutschland zurzeit vorbereitet. Er wird es verstehen, Frankreich die militärische Kraft zu erhalten, die es braucht.

Nach dem Todesstrahl die Todesrakete.

Wie aus London gemeldet wird, hat man auf dem Wege, den Krieg durch fabelhaft wirkende Kampfmittel zu zerstören, einen neuen Schritt getan. Es wurden Versuche mit einer mit Flügeln versehenen Brandrakete gemacht, die, wie versichert wird, einen Regen von geschmolzenem Metall über ein Gelände von 8 bis 15 Kilometer im Umkreis verstreut. Die Versuche wurden bei dem in friedlicher Stille gelegenen Dorfe North Ferriby in der Grafschaft York ausgeführt. Der Erfinder, Ernest Welch, erklärt, daß das Platzen der Rakete jedes Flugzeug vernichte und daß die Geschosse sogar Stahl und Asbest durchschlagen. Die Versuche wurden auf offenem Felde ausgeführt und die Polizei hatte das Publikum vorher gewarnt, sich mit Rücksicht auf die damit verbundene Lebensgefahr dem Versuchsfelde zu nähern. Man verwendete winzige Raketen, da die Anwendung der für den Ernstfall bestimmten großen Apparate unweigerlich die ganze Ortschaft vernichtet hätte. Nur wenigen Personen war der Zutritt gestattet. Die kleinen Raketen verbreiteten einen Feuerregen geschmolzenen Metalls über das Feld, der eine Vorstellung von der fürchterlichen Wirkung zu geben vermochte. Weitere Versuche in größerem Stile sollen in der nächsten Woche in Anwesenheit von Regierungsvertretern gemacht werden. Wie versichert wird, interessieren sich die Regierungen von England, Frankreich und Amerika für die Erfindung, und die Vereinigten Staaten haben bereits ein Erwerbsangebot an den Erfinder gerichtet.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 17. Juni. (Neue Eisenbahnfahrkarten.) Die bisherigen sogenannten Doppelkarten für Hin- und Rückfahrt kommen demnächst nach Aufbrauch der Restbestände in Wegfall und werden durch gewöhnliche Edisonsche Fahrkarten ersetzt, deren linke vordere Hälfte weiß ist, während die rechte Hälfte und die Rückseite in der Farbe der Klasse grün, braun oder grau zu halten ist. Die Doppelkarten werden wie früher die Rückfahrkarten gelocht, das Abtrennen einer Hälfte fällt weg. Die bisherigen Doppelkarten haben sich nicht gut bewährt und gaben öfters zu Klagen Anlaß, da die kleinen Hälften für die Rückfahrt sich häufig verstecken oder verloren gingen. Auch

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

die rasche Abfertigung an der Sperre war durch die Abtrennung der unteren Hälfte erschwert.

Alamannische und fränkische Reihengräberfriedhöfe.

Vom Landesamt für Denkmalpflege, der staatlichen Stelle für die heimische Altertumsforschung, wird uns geschrieben:

Das Landesamt läßt augenblicklich die alamannischen und fränkischen Altertümer des Landes neu bearbeiten. Zur Fortführung dieser Arbeit ist es nun unbedingt nötig, sämtliche bekannten Reihengräberfriedhöfe des Landes neu aufzunehmen und kartographisch genau festzulegen, um so zuverlässige Grundlagen zu gewinnen, aus denen man den Gang der Besiedlung des Landes durch unsere Vorväter ersehen kann. Die Reihengräberfriedhöfe sind in den häufigsten Fällen am Rande oder gar im Weichbild unserer heutigen Ortschaften gelegen. Die Gräber sind Flachgräber, in den Boden eingetieft, also heute äußerlich nicht mehr zu erkennen. Sie werden zumeist bei Erdarbeiten angeschnitten und sind in mehr oder minder regelmäßigen Reihen angelegt, meistens von Westen nach Osten gerichtet. Teilweise führen die Gräber reiche Beigaben an Eisenwaffen, Schmuck aus Eisen oder Bronze, bisweilen auch Gold und Silber, dazu Gefäße aus Ton, Glas, Bronze oder Holz. Die Bauart der Gräber ist verschieden. In den meisten Fällen läßt sich von Grabeinbauten nichts mehr feststellen, doch kommen verhältnismäßig häufig sogenannte Steinplattengräber vor, die teilweise nur roh aus Steinen zusammengesetzt, teilweise aber auch sorgfältig gemauert sind.

Findet sich nun bei einem Ort ein solcher Reihengräberfriedhof, dann können wir an der Hand der Beigaben aus den einzelnen Gräbern den Zeitpunkt feststellen, wann unsere Vorfahren, die Alamannen oder die Franken, sich dort festgesetzt haben. Die Ergebnisse, welche wir so gewinnen, sind die einzig zuverlässigen Grundlagen, auf denen wir eine Besiedlungsgeschichte unseres Landes in der Zeit nach dem Zusammenbruch der Römerherrschaft um 260 bis etwa zum Jahre 700 aufbauen können. Nun klaffen in unserem gesammelten Material noch große Lücken. Leider wird das Landesamt in vielen Fällen nicht benachrichtigt, wenn ein solcher Friedhof angeschnitten wird.

Aus dem Oberamt Neuenbürg kennen wir keinen einzigen Reihengräberfriedhof. Als die Alamannen um 260 den Boden ihrer neuen Heimat betraten, nahmen sie zunächst das alte Kulturland in Besitz, dagegen mieden sie die waldreichen Gebiete im Allgemeinen. Der Schwarzwald weist daher wenig frühgermanische Spuren auf, aber hier und da kommen sie doch zu Tage. Also ganz von der Hand zu weisen ist die Annahme nicht, daß auch im Oberamtsbezirk Neuenbürg im 4. bis 7. Jahrhundert schon einige alamannische oder fränkische Siedlungen entstanden sind. Wissen wir doch auch, daß bei Birkenfeld, Conweiler, Gräfenhausen, Ottenhausen römische Spuren zu Tage traten. Wir richten daher an alle Freunde der Heimatforschung die Bitte, uns in unserer auf die Erforschung der Frühgeschichte unseres Volks gerichteten Arbeit zu unterstützen und uns Mitteilung zu machen von Reihengräberfunden, welche ihnen bekannt geworden sind.

Landesamt für Denkmalpflege, Stuttgart, Neckarstr. 8.

Württemberg.

Stuttgart, 17. Juni. (Sachverständige für den Religionsunterricht.) Nachdem die bisherigen Sachverständigen für den evangelischen und katholischen Religionsunterricht in der Ministerialabteilung für die höheren Schulen durch Berufung in ein anderes Amt bzw. durch Tod aus ihrer Stellung ausgeschieden sind, sind in diese Behörde als theologisch vorgebildete Sachverständige berufen worden für den evangelischen Religionsunterricht Kirchenrat Frohnmeyer, Mitglied des Ev. Oberkirchenrats in Stuttgart, für den katholischen Religionsunterricht Domdekan Dr. Kottmann, Mitglied des Bischöflichen Ordinariats in Rottenburg.

Stuttgart, 17. Juni. (Hauptversammlung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger.) Zu der am Samstag, 21. Juni, in Stuttgart stattfindenden Hauptversammlung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger werden sich als Vertreter der Reichsregierung einfinden: Reichsaußenminister Dr. Stresemann, Reichsinnenminister Dr. Jarres und der Chef der Presseabteilung der Reichsregierung, Ministerialdirektor Spiecker.

Stuttgart, 17. Juni. (Fahrlässige Tötung.) Am 29. April hantierte in einem hiesigen Konsumladen die Verkäuferin Maria Wolfert mit einer Pistole, die der Ladeninhaberin Emma Wüst gehörte. Diese hatte nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß die Pistole geladen sei. Die Wolfert richtete die Waffe im Scherz auf eine andere Verkäuferin, der Schuß ging los und die 25 Jahre alte Albrecht erhielt einen Schuß in den Leib. Nach wenigen Minuten starb sie. Da die Angeklagten aufrichtige Reue bekundeten, wurde an Stelle von Gefängnis von 1 Monat bzw. 2 Wochen gegen die Wolfert eine Geldstrafe von 300 Mark und gegen die Wüst eine solche von 200 Mark, sowie 30 Mark wegen unerlaubten Waffenbesitzes ausgesprochen.

Schwenningen, 17. Juni. (Aufklärung des Ueberfalles.) Die Burschen, die nachts in etwas angeheitertem Zustand einen älteren Mann von hier bei Weilersbach überfallen hatten, sind ermittelt. Der Grund der Prügelei bestand darin, daß sich dem Ueberfallenen zwei ihm bekannte Mädchen aus Weilersbach zur Heimkehr aus Villingen angeschlossen hatten. Unter den Burschen befand sich auch Pius Bartler, der sich das Leben nahm. Aus einer von ihm gemachten Aeußerung ist zu schließen, daß dieses Vorkommnis und die Furcht vor den Folgen mit die Ursache zu dem Selbstmord war.

Schwenningen, 17. Juni. (Aus Vorsicht.) Unsere Landesgrenzstäcke haben nun auch einen Kopf erhalten wie die badischen. Letztere enthalten die Aufschrift: Republik Baden. Die württ. Regierung hat die Bezeichnung des Regierungssystems, das ja bekanntlich wechseln kann, vorsichtigerweise weggelassen und die Tafel enthält außer dem Wappen nur die Landesbezeichnung „Württemberg".

Spaichingen, 17. Juni. (Wundstarrkrampf.) Der infolge einer kleinen Verletzung an Wundstarrkrampf erkrankte 12jährige Eugen Bühler von Hofen ist dieser furchtbaren Krankheit erlegen.

Friedrichshafen, 17. Juni. (Ein feines Paar.) Eine Hochstaplerin wurde dieser Tage von der Kriminalpolizei hier festgenommen. Sie hatte mit ihrem „Gemahl" bei einem in der Nähe eines Gasthofs wohnenden Schlossermeister Wohnung genommen und war dann mit diesem eines schönen Tags im Auto davon gefahren, wobei das Paar die Hotelrechnung zu bezahlen vergessen hatte. Kurz darauf kehrte die Frau zurück und entwendete in der Wohnung des Meisters eine Kassette mit etlichen hundert Mark, mit denen die Hotelrechnung beglichen wurde. Mit dem noch verbliebenen Betrag von 600 Mark hatte sie die Absicht zu verschwinden. Da der Kriminalpolizei das Paar aber schon von vornherein verdächtig vorkam, mußte sie vom Hafen aus den Rückweg antreten.

Hall, 17. Juni. (Schwurgericht.) Wegen Mords bzw. Beihilfe hierzu hatten sich vor dem Schwurgericht zu verantworten der 24 Jahre alte ledige Landwirt Ludwig Fahr von Seifertshofen OA. Gaildorf und die 21 Jahre alte ledige Dienstmagd Katharine Grau von Wengen, Gemeinde Lauzen a. K. Fahr ist zur Last gelegt, im März d. Js. in Seifertshofen die von ihm in andere Umstände gebrachte 29 Jahre alte Marie Münzinger erwürgt zu haben, wobei er von der Grau mit Rat und Tat unterstützt wurde. Beide Angeklagte sind gut beleumundet. Die Münzinger war bei den Eltern des Fahr bedienstet. Ihre Nachfolgerin war die Grau. Zuerst wurden Abtreibungsversuche unternommen und als diese erfolglos waren, beschlossen die Angeklagten, die Münzinger zu beseitigen. Nachdem Fahr die Münzinger angeblich nach Auseinandersetzungen und aus Wut erwürgt hatte, wurde die Leiche mit Hilfe der Grau auf einem Schubkarren dreiviertel Stunden weit auf einem Waldweg nach Wengen geführt und dort in den hochgehenden Kocher geworfen. Das Gericht verurteilte Fahr wegen vorsätzlichen Totschlags zu 12 Jahren Zuchthaus und 8 Jahren Ehrverlust, die Grau wegen Beihilfe zu 3 Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust.

Balenfurt, 17. Juni. (Ertrunken.) Oberlehrerin Braun in Balenfurt ging mit ihrer 85jährigen Mutter an der Ach spazieren und sie suchten diese auf dem schmalen Steg zu überschreiten. Die alte Mutter, wohl vom Schwindel erfaßt, stürzte in den angeschwollenen Bach und konnte von der Tochter, trotz lebensgefährlicher Bemühungen, nicht mehr gerettet werden. Bei der Sägerei Schilling konnte dann erst die Tote gelandet werden.

Hohenstadt bei Wimpfen, 17. Juni. (Das Opfer des Ueberfalls.) Der am Sonntag auf so tragische Weise überfallene Louis Kaltschmidt ist jetzt seinen schweren Verletzungen erlegen.

Württembergischer Kriegerbund.

Stuttgart, 16. Juni. Der Württ. Kriegerbund hielt am 15. Juni seinen 26. ordentlichen Bundestag in Stuttgart. Am Nachmittag des 14. trat das Gesamtpräsidium zu einer Vorbesprechung zusammen und am Abend vereinigten sich die aus dem ganzen Land zusammengekommenen Vertreter im Gasthof Herzog Christoph, um dort mit den Stuttgarter Kameraden einige gemütliche Stunden zu verleben. Der Bundespräsident, General der Inf. z. D. von Gerok, hieß die Erschienenen herzlich willkommen und weihte seinen Trinkspruch dem Vaterlande. Der Krieger- und Sängerbund „Herzogin Wera" in Stuttgart erfreute die Anwesenden durch vortreffliche Gesangsvorträge und ein gut besetztes Streichorchester sorgte für weitere Unterhaltung. Das Präsidialmitglied Direktor Brand brachte eine Reihe bestens gelungener Lichtbilder aus der Geschichte des Württ. Kriegerbundes zur Darstellung. Den Tag darauf versammelten sich um 8.30 Uhr vormittags die Vertreter sämtlicher Bezirke des Württ. Kriegerbundes im großen Saal des Bürgermuseums, um hier unter dem Vorsitz des Bundespräsidenten über eine Reihe von Fragen zu beraten. Der Geschäfts- und Rechenschaftsbericht ergab, daß zwar die Inflationszeit auf das Vermögen des Bundes dieselbe unheilvolle Wirkung ausgeübt hat, wie auf die sonstigen Vermögen, daß der Bund selbst aber ungeschwächt aus der schweren Zeit, die hinter ihm liegt, hervorgegangen ist. Dank dem Umstande, daß mit der wiederkehrenden Ordnung auch der Eintritt in die Kriegervereine einen bedeutenden Aufschwung genommen hat. Das Unterstützungswesen des Bundes, das von jeher von hervorragender Bedeutung gewesen ist, wurde eingehend behandelt, ebenso wie die in den meisten Bezirken bestehenden Sterbekassen, und es erregte lauten Jubel, als Frau Stadttierarzt Bümer aus Reutlingen eine von ihr selbst gesammelte Summe von 3000 Mark für die Krieger-Erholungsheime des Bundes als Gerok-Spende übergab. Sodann wurde der Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene ein besonderes Kapitel gewidmet, da der Kriegerbund, im Verein mit seiner Spitzenorganisation, dem deutschen Reichskriegerbund „Kyffhäuser" in Berlin, eine seiner vornehmsten Pflichten darin sieht, dafür zu sorgen, daß die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen vom Reiche erhalten, was sie mit Recht beanspruchen können und daß das Wort von einst: Der Dank des Vaterlandes ist Euch sicher, nicht nur zur bloßen Phrase herabsinkt. Nachdem über Kriegervereine und ihre Stellungnahme zu anderen Verbänden, sowie über Jugendbewegung und über das Organ des Bundes, die im erfreulichen Aufschwung begriffene Kriegerzeitung gesprochen worden war, wurde der Kampf gegen die Schuldlüge behandelt. Es wurde betont, daß der Württ. Kriegerbund zu den Organisationen gehört, die nicht nachlassen werden, diesen Kampf zu führen und sodann an die Württ. Regierung eine Entschließung gerichtet mit der Bitte, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß diese, selbst auf die Gefahr hin, zunächst eine ablehnende Antwort zu erhalten, die Einsetzung eines unparteiischen internationalen Gerichtshofs zur Untersuchung der Schuldfrage fordert und außerdem die an der Klärung der Schuldfrage arbeitenden Personen im In- und Auslande wirksam unterstützt. Mit dem Beschluß, als Ort für den nächsten Bundestag im Jahre 1926 die Stadt Ulm in Aussicht zu nehmen, endete die Sitzung, an die sich ein gemeinsames Mittagessen anschloß. Dem Ernst der Zeit entsprechend, war von der Abhaltung besonderer Festlichkeiten abgesehen worden. Dennoch machte der Bundestag auf alle Teilnehmer einen hoch befriedigenden Eindruck und hinterließ bei ihnen das Empfinden, daß im Württ. Kriegerbund, der alle ehemaligen Soldaten und Kriegsteilnehmer umfaßt und nahezu 140 000 Mitglieder zählt, der Geist schönster Uebereinstimmung, wahrer Kameradschaft und echter Vaterlandsliebe herrscht.

Baden.

Pforzheim, 17. Juni. Die im Alter von nahezu 70 Jahren stehende Friederike Flattich von Pforzheim war angeklagt, in mehreren Fällen schwangeren Frauenspersonen bei Beseitigung der Schwangerschaft behilflich gewesen zu sein. Wegen Lohnabtreibung erhielt sie vom Großen Schöffengericht 2 Jahre Zuchthaus. Gegen mehrere mitangeklagte Frauen und Mädchen, die die Hilfe der Flattich in Anspruch genommen hatten, sprach das Gericht Gefängnisstrafen aus, hinsichtlich deren aber Strafaufschub auf Wohlverhalten mit der Aussicht auf spätere Begnadigung erteilt wurde.

Pfohren (bei Donaueschingen), 16. Juni. In der Nacht vom 15. auf 16. Juni wurde in das Stationsamt durch sog. „Wandervögel" eingebrochen. Die Scheiben wurden eingedrückt, die Türe mit Hilfe eines Schlüssels geöffnet und 14 Fahrkarten von Pfohren nach Freiburg, das vorhandene Kleingeld, Bleistifte sowie kleinere Gegenstände aus der Kasse entwendet. Die Gendarmerie hat sofort die entsprechenden Maßnahmen getroffen. Diese ermöglichten, die Täter, vier junge Burschen und ein Mädchen, in Neustadt aus dem Zug zu verhaften.

Der Tanz um das goldene Kalb

18] Von Erica Grupe-Lörcher

(Nachdruck verboten.)

Dr. Forgiß antwortete nicht gleich. Seine Gedanken stimmten jedoch Fräulein Amanda zu. Ihr Vorschlag deckte sich ganz mit dem guten Herzen, das man ihr nachrühmte. Sicherlich war sie im Grunde viel sozialer, praktischer und klarer angelegt als ihr Bruder. Eine Markthalle? Das ließ sich hören! War es doch schon lange eine erkannte Notwendigkeit in der sonst so modernen Großstadt.

Aber der Geheimrat, der die Schweigsamkeit des Rechtsanwaltes kannte, schien gar nicht gleich auf eine Antwort gewartet zu haben, sondern fuhr mit steigender Lebhaftigkeit fort: „Ich würde etwas als Stiftung bevorzugen, das zugleich meinen Namen als Spender verewigt —."

„Das kann ich mir denken!" wäre Dr. Forgiß beinahe herausgeplatzt. So unwillkürlich kam ihm der Gedanke. Die Eitelkeit des Geheimrates war unermeßlich. Ihm war bei der ganzen Spenderei die Hauptsache die Ehre! Er wollte geehrt werden. Und noch bei Lebzeiten. Lorbeeren auf Vorschuß!

„Bei einer Markthalle denkt man kaum noch an den Spender. Und Fremde, welche unsere Stadt besuchen, werden doch kaum je erfahren, daß ich die Markthalle gestiftet habe. Nein, also der Plan sagt mir nicht zu! — Aber, Herr Doktor, was meinen Sie zu einem sogenannten „Werner-Haus". Ja, zu einem „Werner Haus"?"

„Und welchem Zwecke sollte das dienen? An Krankenhäusern hat die Stadt neue Bauten genug."

„Nein, das „Werner-Haus" sollte etwas Schöngeistiges sein. Weil sowohl meine Schwester wie ich immer als Mäzen der Kunst und der Kunstpflege bezeichnet werden. Im Erdgeschoß sollten ein oder zwei große Säle gebaut werden, hauptsächlich zu Konzertzwecken, vielleicht auch zu Vorträgen. Also festliche Räume. Im oberen Geschoß einerseits die hauptsächlichste Einrichtung unseres Hauses, wenn wir beide nicht mehr leben. Ich meine, die Zimmer und alle Möbel sollten so aufgestellt und erhalten werden, wie sie uns gedient haben — damit die kommenden Generationen wissen, in welchen Rahmen sie sich mich und meine Schwester zu denken haben — —!"

Der Rechtsanwalt stieß einen leichten Seufzer aus. „Selbstbeweihräucherung!" dachte er in wachsendem Unbehagen. „Ganz der große, unsterbliche Mann, der jedes Stuhlbein seiner Umgebung für alle kommenden Geschlechter verewigen muß! Ich habe nie gehört, daß Koryphäen, wie Goethe oder Schiller, eine solche Absicht ausgesprochen hätten! Du liebe Zeit, in was für einer schlichten Umgebung haben diese Geisteshelden gelebt!"

Aber der alte Herr hielt diesen kleinen Stoßseufzer für eine Aeußerung über die Hitze im Saal.

„In dem andern Teil des Obergeschosses könnte man meine naturhistorische Sammlung unterbringen — die Sammlung ausgestopfter Tiere — die von meiner Insel stammen. Ueberhaupt aus unserer heimatlichen Tierwelt herrühren."

Die Züge von Dr. Forgiß glätteten sich um etwas. Das ließ sich hören! Er selbst machte den allgemeinen Kokan vor dem Reichtum des Geheimrats Werner nie mit. Das einzige, was ihm an dem alten Herrn gefiel, war seine große Liebe zur Natur und die Beobachtung der heimatlichen Tierwelt, der eine wertvolle Sammlung ausgestopfter, besonders schöner Exemplare zu verdanken war.

„Das ließe sich hören!" Dr. Forgiß riß sich zu dieser kurzen Aeußerung auf, als der alte Herr ihn erwartungsvoll ansah. Aber da er die Wortkargheit des Rechtsanwaltes gewohnt war und ihm daran lag, ihn zu einer Besprechung am nächsten Tage freizubekommen, sprach er weiter:

„Ja, es ist höchste Zeit, die Angelegenheit ins Auge zu fassen, da ich durchaus möchte, daß sie zu meinem Geburtstage selbst spruchreif wird! Es ist bereits dieses und jenes von meinen Plänen durchgesickert!"

„Er wird sich nicht haben enthalten können, seinen Freunden Andeutungen zu machen, damit er rechtzeitig gefeiert werden kann."

Wie, um ihm recht zu geben in seiner Vermutung, fuhr der Geheimrat fort, indem er seine Stimme um etwas senkte: „Ja, man plant allerlei, große Geschichten. Ich bin ja Ehrenmitglied und im Vorstand von allen möglichen Vereinen und ähnlichen Geschichten. Einen Lampionzug will man mir bringen. Diverse Vereine schicken Delegierte zum Gratulieren mit Adressen. Ständchen sollen gebracht werden. — Wenn ich nun rechtzeitig meine beabsichtigte Spendung an die Stadt Checkberg in Form eines Wernerhauses bekanntgäbe, würde sich wahrscheinlich der Oberbürgermeister einfinden und mich zum Ehrenbürger der Stadt ernennen."

Und wieder wartete er einen Moment auf eine zustimmende Antwort. Umsonst. Dem Rechtsanwalt wurde ob dieser eitlen Pläne immer schwüler. Geheimrat Werner ärgerte sich ein wenig. Du liebe Zeit, was für Ausbrüche der Bewunderung über seine sozialen Pläne, was für einen Schwall von Schmeicheleien wurden ihm zuteil, wenn er andern gegenüber von seinen Absichten sprach. Schließlich brauchte ihm ja an dem Beifall des Rechtsanwalts selbst ja nichts gelegen zu sein. Die Hauptsache war, daß er ihm die juristische Form gab und versuchte, seine Spenden rechtskräftig zu machen. —

„Wir können ja das Nähere noch zusammen in Ihrem Büro besprechen, Herr Doktor! Also — hätten Sie morgen Zeit? Es wäre mir wirklich außerordentlich lieb! Zugleich setzen wir mein Testament auf, um diese Angelegenheit festzulegen —" Er hielt einen Augenblick inne und ließ seinen Blick über den Saal schweifen. Rings um ihn ein Meer von Farben und Licht, von Musik und Festesfreude! Unzählige hin und her wogende, festlich gekleidete, fröhlich gestimmte Menschen, die alle seine Gäste waren! Er war der Spender dieses großzügigen Festes! Alle waren sie gekommen, um im Grunde seinem Ansehen, seinem Reichtum zu huldigen!

Das Leben war doch sehr schön, wenn man durch seinen Reichtum eine so angesehene Stellung einnahm! Deswegen dachte er auch noch gar nicht daran, bald ins Gras beißen zu wollen. Du liebe Zeit, sechzig Jahre sind noch kein Alter, um von der Welt Abschied zu nehmen. Bis jetzt hatte er deswegen den Plan eines Testamentes immer weit von sich gewiesen, in der eigenen dunklen Furcht vor dem Tode, der Reichen eigen ist. Aber jetzt ließ sich die regelrechte Fassung eines Testamentes nicht mehr umgehen, wo er endgültig über die Einteilung seines Nachlasses — auch nach dem Tode seiner Schwester — Entschlüsse gefaßt hatte, um der Nachwelt zu imponieren. —

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Vermischtes.

Selbstmord. Ein junger Landwirt in Salmendingen in Hohenz., Vater von zwei Kindern, machte seinem Leben durch Erhängen ein Ende. Eingegangene Wechselverbindlichkeiten scheinen den Unglücklichen in den Tod getrieben zu haben.

Der „Kavalier". Eine Vergnügungsreise, die ein 19jähriger Fürsorgezögling von Düsseldorf aus unternommen hatte, nahm auf dem Berliner Polizeipräsidium ein unerwartetes Ende. Der junge Mann, Sohn eines Gastwirts, war wegen Unterschlagung vorbestraft und ist kürzlich aus der Fürsorgeanstalt entsprungen. Er verschaffte sich eine Stellung und unterschlug sofort 3000 Goldmark. Nachdem er sich eingekleidet hatte, fuhr er zum Vergnügen nach Berlin, machte von hier einen Abstecher nach Swinemünde und kam über Harzburg nach Berlin zurück, um endlich nach Hamburg zu fahren. Auf dem Lehrter Bahnhof lernte er zwei Damen kennen, die das gleiche Ziel hatten, eine Telephonistin und ihre Mutter. Er schloß sich ihnen an und verlobte sich nach einigen Tagen in Hamburg mit der Tochter, nachdem er in seinen Ausweispapieren sein Alter auf 24 Jahre erhöht hatte. Die Braut und die künftige Schwiegermutter waren um so glücklicher, als sie in ihrem Bräutigam einen vermögenden Mann sahen, er gab sich für den Mitinhaber einer großen Likörfabrik aus. Die Frauen waren auch nicht stutzig, als dem jungen Manne in Walente bei Lübeck, das man von Hamburg aus aufgesucht hatte, das Geld ausging, und die künftige Schwiegermutter half ihm mit 200 Goldmark und die Braut außerdem mit einem Betrage aus, den sie bei sich hatte. Jetzt schlug der Bräutigam vor, eine Automobilfahrt nach Berlin zu machen. Mit Freuden wurde der Vorschlag angenommen, man ging zu einem Fuhrparkbesitzer, lieh einen Wagen und bekam einen Chauffeur mit. Erst nach der Abfahrt erfuhr der Automobilbesitzer, daß der junge Herr im Hotel seine Rechnung über 600 Goldmark nicht bezahlt hatte. Da schöpfte er Verdacht und benachrichtigte die Berliner Kriminalpolizei. Die ganze Reisegesellschaft wurde darauf in Berlin abgefangen und nach dem Polizeipräsidium gebracht.

Die Kosten der Reichstagswahl. Wie die „Telegraphen-Union" erfährt, sind in dem Haushaltsplan des Reichsministeriums des Innern, der demnächst den Reichstag beschäftigen wird, die Kosten zur Durchführung der Reichstagswahl für 1924 mit 1 600 000 Mark eingesetzt. Aus diesem Fond sind auch die Kosten der Vorabstimmung in Hannover zu bestreiten.

Rentenmarkdiebstahl. Aus einem Geldsack, den die Eisenbahnliquidationskasse Alexanderplatz in Berlin an die Rentenbank ablieferte, kam ein Paket mit 60 000 Rentenmark in 50- und 100-Markscheinen abhanden. Die Reichsbahndirektion hat für die Ergreifung des Diebes oder Beischaffung des Geldes 1000 Mark Belohnung ausgesetzt.

Schwerer Hagelschlag. Durch Hagel wurde die Ernte im Landkreis Neuß fast vollständig vernichtet. Der Schaden beläuft sich auf etwa 1 790 000 Goldmark. Im Stadtkreis sind 2500 Morgen aufs schwerste beschädigt, davon 1800 Halmfrüchte vollständig vernichtet. In Grevenbroich sind etwa 3000 Morgen sehr stark beschädigt und zum großen Teil hoffnungslos vernichtet. Insgesamt beläuft sich der Hagelschaden in den gesamten drei Kreisen auf 7 bis 8 Millionen Goldmark. Der Vertreter des Düsseldorfer Regierungspräsidenten begibt sich heute erneut nach Berlin zur Einleitung eines großzügigen Hilfswerks.

Zu Tod gestürzt. Auf dem Meßplatz in Glatz stürzte der 18jährige Arbeiter Kiefer aus einer Schiffsschaukel. Er ließ im größten Schwunge die Leine los und stürzte dadurch aus dem Kahne, wobei er so gewaltig auf die Erde aufschlug, daß er mit gebrochenem Genick auf der Stelle tot liegen blieb.

Liebesroman eines türkischen Prinzen in Budapest. Budapester Blätter berichten von einem bemerkenswerten Liebesroman zwischen einem türkischen kaiserlichen Prinzen und einer Budapester Artistin. Vor einigen Monaten kam der türkische Prinz Abd-ul-Kadir nach Vertreibung der kaiserlichen Familie aus Konstantinopel mit seinen drei Frauen, vier Kindern und mehreren Sekretären in Budapest an. Der Prinz bezog Appartements in einem der vornehmsten Budapester Hotels. Anfang Mai kam er mit seinem Sekretär zufällig in das Tanzlokal Cercles des Etrangers, wo er viel Gefallen an einer der dort engagierten professionellen Tänzerinnen fand. Der Prinz machte die Bekanntschaft der Artistin, eines siebzehnjährigen Mädchens, namens Irene Waldonis, und verliebte sich in sie. Die Leidenschaft des türkischen Prinzen für die kleine Tänzerin wurde so tief, daß Prinz Abd-ul-Kadir ihr den Antrag stellte, sie möge seine vierte Gattin werden. Irene Waldonis nahm den Antrag des kaiserlichen Prinzen an, worauf eine Ehe nach mohammedanischem Ritus geschlossen wurde. Als Prinz Abd-ul-Kadir seine neue Odaliske seiner ersten Gemahlin, einer kaiserlichen Prinzessin, vorstellte, küßte die Prinzessin die ungarische Tänzerin auf die Stirn und legte ihr ihr eigenes unschätzbares Perlenkollier als Hochzeitsgabe um den Hals.

Das Kino als Scheidungsgrund. Zu den vielen klassischen Ehescheidungsgründen scheint neuerdings noch ein ganz moderner hinzutreten zu sollen: Das Kino! Soeben haben sich die Wiener Gerichte gleich mit zwei Fällen zu beschäftigen gehabt, in denen übermäßige Kinobesuche, der Gattin als Scheidungsgrund geltend gemacht wurden. Die Kaufmannsfrau Berta P. hatte gegen ihren Gatten P. eine Ehescheidungsklage wegen Mißhandlungen und Ehebruchs eingebracht. Der Ehemann hatte die Widerklage erhoben und die Scheidung aus dem Verschulden der Frau beantragt, weil dieselbe infolge ihrer übermäßigen Kinobesuche die Wirtschaft total vernachlässigt und damit das eheliche Leben zerrüttet habe. Die Kinobesuche hätten, so machte der Mann weiter geltend — moralisch einen unheilvollen Einfluß auf die Frau ausgeübt, namentlich ein Film, der Kindermißhandlungen zum Gegenstand hatte. Die Absicht des Filmdichters möge vielleicht eine ganz gute gewesen sein, er wollte offenbar abschreckend wirken und die hilflosen Kinder in Schutz nehmen. Aber auf seine Frau habe der Film im Gegenteil provozierend gewirkt, und sie habe ihre eigenen Kinder auf dieselbe barbarische Weise mißhandelt, wie sie dies in dem Kinostück gesehen. Die Gattin stellte in Abrede, daß sie Kinostücke irgendwie ernst nehme. Zur Züchtigung der Kinder sei sie als Mutter berechtigt. Anlaß hierzu sei hinreichend vorhanden gewesen. Das Gericht sprach die Scheidung der Ehe aus beiderseitigem Verschulden aus. Die Berufung der Gattin wegen Annahme der Kinobesuche als Scheidungsgrund wurde vom Oberlandesgericht als unbegründet abgewiesen. Im zweiten Falle hatte ebenfalls die Gattin, die Kaufmannsehefrau Ottilie B., gegen ihren Gatten Ludwig B. die Ehescheidungsklage eingebracht, weil er ihr eine brennende Lampe ins Gesicht geworfen, monatelang mit ihr nicht gesprochen und sie nicht einmal gegrüßt habe. Auch hier erhob der Mann die Widerklage und machte als Scheidungsgrund gegen seine Frau ihre häufigen Theater- und Kinobesuche geltend. Sie komme von diesen Vergnügungen spät nachts nach Hause, überlasse ihren Gatten sich selbst, koche kein Abendessen, so daß er sich im Gasthause beköstigen müsse, was er bei den hohen Gasthauspreisen auf die Dauer nicht aushalten könne. Das Gericht sprach auch in diesem Falle die Scheidung der Ehe aus beiderseitigem Verschulden aus, betonte aber, daß das größere Verschulden auf Seiten der Frau liege, da sie durch ihre häufigen Theater- und Kinobesuche ihre Hausfrauenpflichten aufs schwerste vernachlässigt habe. Die von der Gattin gegen dieses Urteil eingelegte Berufung wurde ebenfalls vom Oberlandesgericht verworfen.

Wiederaufbau des Somme-Gebiets. Im Sommegebiet sollen bis Ende dieses Jahres nach einer Havasmeldung 50 270 Gebäulichkeiten wieder instand gesetzt sein. Von 40 000 zerstörten Baulichkeiten sind bis heute 12 000 Wohnhäuser und 12 000 landwirtschaftliche Gebäude wieder aufgebaut worden. Von 1370 kommunalen Gebäulichkeiten sind 150, von den 300 zerstörten Schulen ist noch keine einzige eingerichtet worden, sondern die Gemeinden haben überhaupt in dieser Beziehung noch keine Pläne ausgearbeitet.

Großfeuer im Ostender Kurhaus. Im Kursaal von Ostende brach in der Nacht zum Sonntag Feuer aus, das erst in den frühen Morgenstunden gelöscht werden konnte. Das Kassenbüro ist vollständig zerstört worden. Man stellte das Verschwinden eines Sacks fest, der 5000 Einfrankenstücke enthielt, welche am Vorabend im Hotel eingetroffen waren. Es wurden zwei Verhaftungen vorgenommen. Man nimmt an, daß das Feuer von Personen angelegt worden ist, die ihren Diebstahl dadurch verdecken wollten.

Die Schatzkammer des Zaren entdeckt? Bei den Grabungen für das Grabgemälde Lenins, das in der alten Kremelmauer in Moskau errichtet wird, hat man eine merkwürdige Entdeckung gemacht. Man stieß auf uralte vermauerte Kellergewölbe und vermutet, daß es sich um alte legendere Gewölbe handelt, in der sich unermeßliche Schätze befinden sollen. Nach der Erzählung würde es sich um die Schatzkammer der alten Zaren handeln, von denen in den russischen alten Chroniken die Rede ist. Man hat jetzt angeordnet, daß weitergegraben wird, um die fabelhaften Gold-, Silber- und Edelsteinschätze zu bergen. Es wird sich hierbei in erster Linie um die Schätze handeln, die Iwan der Schreckliche in die Gewölbe bringen ließ. Da aber Peter der Große den Gerüchten nach von diesem Gewölbe Kenntnis hatte, fragt es sich sehr, was dieser sehr geldbedürftige Fürst seinen kommunistischen Nachfolgern noch übrig gelassen hat.

Blinde Passagiere. Zwei junge Wiener, die im Vorjahre nach Kanada ausgewandert sind, haben im Lorenzostrom den Tod gefunden. Der 20jährige Johann Holick und der 22jährige Bäckergehilfe Richard Wagner, die vollständig mittellos waren, beschlossen im Mai vorigen Jahres, als blinde Passagiere nach Kanada zu fahren. Zwei Tage lang hielten sie sich an Bord des Frachtendampfers „Arkansas" vor der Mannschaft verborgen. Dann kamen sie aus ihrem Versteck und erzählten dem Kapitän ihr Schicksal. Er verwendete sie bei den Arbeiten im Maschinenraum. In Montreal verließen die Wiener das Schiff, wurden jedoch von der Hafenpolizei verhaftet. Als nach acht Tagen die „Arkansas" nach Deutschland zurückfahren sollte, wurden die beiden Auswanderer an Bord gebracht, um zurückbefördert zu werden. Sie verschwanden jedoch bald darauf von dem Schiff. Es wurde ermittelt, daß sie sich an einem Tau auf den Wasserspiegel heruntergelassen hatten, um schwimmend die Küste zu erreichen. Die Leiche Holicks wurde bei Quebeck ans Land getrieben, die Leiche Wagners ist noch nicht gefunden.

Handel und Verkehr.

Stuttgart, 16. Juni. (Weinversteigerung des Herzogl. Rentamts.) Bei der heute nachmittag im Saale des Binzenhauses vorgenommenen Versteigerung des Herzogl. Rentamts herrschte nach den Faßweinen von 1923 eine rege Nachfrage. Bezahlt wurden für 1800 Liter Hohenhaslacher Portugieser 139—141 Mark für das Hektoliter, für 2300 Liter Eilfinger Trollinger 151—157 Mark, für 1300 Liter Eilfinger Rotwein 159—161, für 2000 Liter Kleinheppacher Rotwein 174—179 Mark, für 1800 Liter Mundelsheimer Trollinger 180—191 Mark, für 1800 Liter Untertürkheimer Trollinger 187—193 Mark, für 1300 Liter Hohenhaslacher Weiß 150—156, für 850 Liter Kleinheppacher Weiß 170—171, für 1200 Liter Untertürkheimer Weiß 180 Mark und für 2000 Liter Eilfinger Weiß 205—219 Mark. Somit wurden für insgesamt 163,5 Hektoliter Faßwein rund 28 000 Mark erlöst. Die 1922er Flaschenweine fanden nicht den glatten Absatz, der ihnen noch bei der letzten Versteigerung zuteil geworden war. Es wurden Preise von 2—2.60 Mark für die Dreiviertelliterflasche erzielt. Zu den oben genannten Preisen treten noch 20 Prozent Weinsteuer, sowie die Umsatzsteuer. Als Käufer traten nur Württemberger und zwar vorwiegend Gastwirte und Hoteliers auf, sowie einige Händler.

Stuttgart, 17. Juni. Dem Dienstagmarkt am Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 79 Ochsen, 52 Bullen, 323 Jungbullen (unverkauft 50), 300 (50) Jungrinder, 138 (20) Kühe, 928 Kälber, 750 Schweine, 55 Schafe, 1 Ziege. Erlös aus je 1 Pfund Lebendgewicht: Ochsen 1. 37—40 (letzter Markt 38—40), 2. 24—32 (25—33), Bullen 1. 29—31 (29—32), 2. 22—26 (unv.), Jungrinder 1. 40—44 (unv.), 2. 30—37 (32—37), 3. 22—28 (24—29), Kühe 1. 27—33 (25—32), 2. 17—24 (17—23) 3. 11—15 (10—15), Kälber 1. 53—56 (52—55), 2. 47—51 (46—49), 3. 38—44 (35—44), Schweine 1. 54—56 (52—54), 2. 50—52 (46—50), 3. 40—46 (36—44) Pfg. Bei Schweinen lebhaft, Kälbern mäßig belebt, Großvieh langsam, Ueberstand.

Schweinepreise. In Aalen kostete das Paar Milchschweine 30—50 Mark, ein Läufer 27 Mark, in Balingen Milchschweine 14—27, in Bernhausen 15—20, in Gerabronn 13—22, in Schwend 18—26, in Süglingen 9—14, in Hall 15—25, in Kirchheim u. T. 16—30, in Nottweil 12—20, in Saulgau 18 bis 24 Mark, je das Stück.

Fruchtpreise. Ebingen: Preis für Hafer 6,8—7, Gerste 9, Weizen 8,80 Mark der Ztr. — Leutlingen: Weizen 7,80—8,70, Roggen 8,70, Gerste 6,50—7,30, Hafer 5,80—6,20 Mark. — Nördlingen: Weizen 8,60, Roggen 8,50, Gerste 7,50, Hafer 7,80, Lein 11—13 Mark. — Reutlingen: Weizen 9,20—11, Gerste 8—10, Hafer 6,50—7,20, Unterländer Dinkel 8 Mark. — Urach: Dinkel 7,50, Gerste 8,15, Hafer 7,25, Weizen 8,30, Roggen 7,50 Mark, je der Zentner.

Neueste Nachrichten

Stuttgart, 17. Juni. Abgeordnete des Bauernbundes haben an das Staatsministerium eine Kleine Anfrage betr. die Gewährung von Staatsbeiträgen zu Feldbereinigungen gerichtet.

Stuttgart, 17. Juni. Mit dem Schreiben des Staatsministeriums vom 16. ds. ist dem Präsidium des Landtags der Entwurf eines Gesetzes, betr. neue Fassung des Pensionsergänzungsgesetzes für Württemberg zugegangen. Die Neufassung des Gesetzes erweist sich als dringend notwendig, weil dessen Handhabung durch zahlreiche und einschneidende Aenderungen zurzeit äußerst erschwert ist.

Dresden, 18. Juni. Die Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands nahm in der gestrigen Sitzung eine vom Vorstand vorgeschlagene Entschließung an, die mit Entrüstung von den Angriffen Kenntnis nimmt, die sich während der Bergarbeiterkämpfe gegen den Kapitalismus gerichtet hätten und von den kommunistischen Zeitungen und Flugblättern im Rheinland, Westfalen, Oberschlesien und Sachsen gegen die im Vordertreffen dieser schweren Wirtschaftskämpfe stehenden Kameraden erfolgten. Die Generalversammlung erwarte einmütig, daß künftig solche Kampfesart unterbleibe, da solche nur zur weiteren Entzweiung der Bergarbeiter führe. Sie verlange, daß Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Arbeiterbewegung in sachlicher Weise ausgetragen würden.

Magdeburg, 17. Juni. Auf dem Flugplatze Krakauer Anger geriet ein von dem Chefpiloten Kyphe geführtes Flugzeug infolge Vergaserbrand in Flammen, stürzte ab und begrub Kyphe unter sich. Der mit Brandwunden bedeckte Fahrgast, Hauptmann a. D. Rosenstern, sprang aus dem Flugzeug und brach das Genick. Der Apparat ist vollständig vernichtet.

Dessau, 17. Juni. Zur anhaltischen Landtagswahl am kommenden Sonntag haben neun bürgerliche Parteien untereinander Listenverbindung mit der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei geschlossen. Diese beiden Hauptparteien haben ihrerseits wieder eine Verbindung der Listen geschlossen.

Berlin, 17. Juni. In diesen Tagen finden, wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, bei den zuständigen preußischen Ministerien Besprechungen über die Aufwertung der Anleihen für werktätige Betriebe der Kommunen und Kommunalverbände statt. Die Aufwertung dieser Anleihen ist vorgeschrieben durch die Steuernotverordnung. Es handelt sich nicht um eine generelle Aufwertung von Kommunalanleihen.

Berlin, 18. Juni. Der Reichspräsident empfing gestern nachmittag zum Tee im Garten seiner Wohnung in Gegenwart einiger Reichsminister und Vertretern von Wohlfahrtsorganisationen die amerikanischen Quäker, die sich für das amerikanische Hilfswerk in Deutschland aufhalten, sowie die hier weilenden Vertreter der amerikanischen Presse. Der Reichspräsident sprach den Erschienenen den Dank des deutschen Volkes aus für die große Hilfe, die in den vergangenen 4½ Jahren das Werk der amerikanischen deutschen Kinderspeisungen für Millionen hungernder Kinder und Mütter bedeutete. Nachdem Mister Heves für die Gäste geantwortet hatte, brachte ein Chor von 100 Schulkindern als Dank der deutschen Kinder einige Gesangsvorträge zu Gehör.

Bremen, 17. Juni. Der deutsche Dampfer „Saarbrücken", der bei Sobang auf den Grund geraten ist, wurde wieder flott gemacht und konnte in den Hafen von Sabang einlaufen.

Paris, 17. Juni. Der deutsche sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Breitscheid reist heute oder morgen nach Paris. Er soll eine eigene Mission erfüllen und beabsichtigen, vor allem eine Besprechung mit dem Ministerpräsidenten Herriot einzuleiten.

London, 17. Juni. Die Regierung blieb bei der Abstimmung im Verlaufe der gestrigen Unterhausdebatte über die Londoner Verkehrsvorlage mit 126 gegen 189 Stimmen in der Minderheit. Der „Times" zufolge heißt es, daß sogar Mitglieder der Regierungsbank gegen die Regierung stimmten. Chines erklärt, daß die Regierung das Ergebnis der Abstimmung nicht als eine Niederlage von wesentlicher Bedeutung annehme. — „Daily News" zufolge wird die Niederlage keinerlei Krise zur Folge haben. — „Daily Expreß" bezeichnet die Niederlage als schwer demütigend und als einen Schlag gegen das zusammenbrechende Prestige der Regierung.

Iserlohn, 18. Juni. Gestern abend gegen ½8 Uhr verlagte die Bremse eines Straßenbahnwagens in der abschüssigen Düsingstraße. Der Wagen fuhr mit voller Gewalt gegen ein Fabrikgebäude, sodaß er vollständig zertrümmert wurde. Bisher wurden 15 Tote geborgen und 30 Schwerverletzte festgestellt.

Bergen, 18. Juni. Gestern Nacht stießen in Westfjord in den Lofoten die beiden norwegischen Dampfer „Haakon Jarl" und „Kong Harald" in dichtem Nebel zusammen. Der Dampfer „Haakon Jarl" ging unter. 18—20 Personen, hauptsächlich Frauen und Kinder, sind ertrunken. Der Dampfer „Kong Harald" wurde verhältnismäßig leicht verletzt. Einzelheiten fehlen noch.

New-York, 17. Juni. Die Bankfirma Morgan bezahlte gestern durch Scheck einen größeren Teil der fälligen Zinsen der britischen Schuld an das amerikanische Schatzamt in Höhe von 69 Millionen Dollar. Der Rest wird in Form von amerikanischen Schatzanweisungen geliefert.

Washington, 17. Juni. Staatssekretär Hughes überreichte gestern dem japanischen Botschafter Hanihara die amerikanische Antwort auf die japanische Protestnote gegen das neue amerikanische Einwanderungsgesetz. Die amerikanische Antwort wird in der amerikanischen und japanischen Morgenpresse veröffentlicht.

Batavia (Java), 17. Juni. Bei einem Erdrutsch fanden 112 Eingeborene durch Verschüttung den Tod.

Ausschließung kommunistischer Stadtverordneter wegen Nichtanerkennung der Schweigepflicht.

Essen, 18. Juni. Nach der Verpflichtung der neugewählten Essener Stadtverordneten am 30. Mai, an der auch die kommunistischen Stadtverordneten teilgenommen hatten, ließen diese durch ihren Fraktionsvorsitzenden erklären, daß sie grundsätzlich keine Schweigepflicht gegenüber der Arbeiterklasse anerkannten. Auf Grund einer Verfügung des preußischen Ministers des Innern vom 5. Juni betreffend die Ablehnung der Verpflichtungserklärung durch Stadt- und Gemeindeverordnete hat die Stadtverwaltung nunmehr der kommunistischen Fraktion mitgeteilt, daß sie für die Dauer der Geltung ihrer vorerwähnten Erklärung von der Teilnahme an allen nichtöffentlichen Sitzungen ausgeschlossen werde.

Ein Mißtrauensvotum gegen Scheidemann.

Kassel, 17. Juni. In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung kamen die beiden Anträge der Rechtsparteien, die sich gegen den Oberbürgermeister und die städtische Verwaltung richten, zur Besprechung. Der erste Antrag verlangt, daß ein Ausschuß von 6 Mitgliedern der Stadtverwaltung eingesetzt werde, der darüber berichten soll, welche leitenden Beamten der Stadtverwaltung (Oberbürgermeister, Bürgermeister und besoldete Stadträte) ohne Schädigung der städtischen Interessen abgebaut werden können. Der zweite Antrag lautet: Die Stadtverordnetenversammlung spricht dem Oberbürgermeister Scheidemann das Mißtrauen aus. Sie ist der Ueberzeugung, daß sein weiteres Verbleiben im Amte nicht im Interesse der Stadt Kassel liegt, und ersucht ihn, hieraus baldigst die entsprechenden Folgerungen zu ziehen. Nach längerer Debatte wurde der Mißtrauensantrag der Rechten mit 24 gegen 19 Stimmen angenommen. — Ein Antrag, der von der sozialdemokratischen Fraktion eingebracht worden war und die Wiederaufnahme der Verwaltungsreformpläne Scheidemanns im Auge hatte, wurde mit 26 gegen 24 Stimmen abgelehnt.

Baldiger Zusammentritt des Reichstags.

Berlin, 18. Juni. Aus parlamentarischen Kreisen verlautet: Für die nächste Reichstagssitzung war der 24. Juni in Aussicht genommen. Der Reichstagspräsident Wallraf will an diesem Termin festhalten, obwohl auch Wünsche wegen einer Verschiebung der Sitzung vorliegen, da die wichtigsten Gesetze, die zu dem Sachverständigengutachten gehören, kaum vor Mitte Juli für die Einbringung reif sein werden. Präsident Wallraf wünscht den baldigen Zusammentritt des Reichstages, da eine große Reihe von Anträgen und Interpellationen vorliegt und auch anzunehmen ist, daß auch einige Kapitel des Reichshaushalts zur Behandlung im Plenum vorbereitet sind. Der Präsident hat, um den Termin für die nächste Plenarsitzung zu bestimmen, den Aeltestenrat des Reichstages auf Mittwoch nachmittag einberufen.

Der reichste Mann Asiens gestorben. Dei Tjong-ham, der Zuckerkönig, der als der reichste Mann Asiens gilt, ist nach einer Meldung aus Singapore gestorben. Er hatte große Zuckerplantagen auf Java und andere bedeutende Geschäftsunternehmungen in China, den Vereinigten Staaten und Europa. Seine Besitzungen in Singapore allein hatten einen Wert von 3 Millionen Pfund. Sein ganzes Vermögen wird auf mehr als 7 Millionen Pfund geschätzt.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Ausschluß der Kommunisten aus dem Auswärtigen Ausschuß?

Berlin, 17. Juni. Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags trat heute vormittag 10 Uhr unter dem Vorsitz des Abgeordneten Müller-Franken zusammen. Von der Reichsregierung waren anwesend Reichsaußenminister Dr. Stresemann, Dr. Jarres, Dr. Luther, Wirtschaftsminister Hamm und für den Reichsverkehrsminister Oeser der Staatssekretär im Verkehrsministerium, Vogt. Auch Reichsbankpräsident Dr. Schacht sowie der Reichstagspräsident Dr. Wallraf wohnten der Sitzung bei. Der Reichsrat war vertreten durch die Mitglieder Dr. von Preger (Bayern), Dr. Graßmann (Sachsen), Hildenbrandt (Württemberg), von Biegeleben (Hessen), Dr. Tischbein (Mecklenburg), Boden (Braunschweig) und Rebeltau (Bremen) u. a. Als Tagesordnung war die Beratung der Fragen vorgesehen, die mit dem Sachverständigengutachten zusammenhängen. Ferner sollten Handelsvertragsverhandlungen, die gegenwärtig schweben, sowie die deutsch-russischen Beziehungen zum Gegenstand der Diskussion gemacht werden. Vor Eintritt in die Tagesordnung wies der Vorsitzende darauf hin, daß die Sitzungen des Ausschusses des Auswärtigen Amtes nicht öffentlich seien, sofern der Ausschuß die Oeffentlichkeit nicht von Fall zu Fall ausschließlich beschließen sollte. Wie dem Vorsitzenden zu Ohren gekommen sei, hätte die Kommunistische Partei ihre Mitglieder angewiesen, daß auch dann, wenn die Verhandlungen als vertraulich gekennzeichnet seien, die Vertraulichkeit nicht gewahrt werden solle. Er richte deshalb an die Kommunistischen Mitglieder des Ausschusses die Frage, ob sie gewillt seien, die Vertraulichkeit zu wahren. Abg. Stöcker (Komm.) protestiert dagegen, daß am Tage vor dem Zusammentritt des Auswärtigen Ausschusses der Außenminister die Führer sämtlicher Parteien mit Ausnahme der deutschvölkischen und kommunistischen Abgeordneten zu sich geladen habe, um mit ihnen vertraulich die außenpolitischen Probleme zu besprechen. Außenminister Dr. Stresemann bemerkte, daß die gestrigen Verhandlungen mit den einzelnen Parteiführern vor allem der Klärung der Frage gedient hätten, inwieweit die Regierung noch in der Lage sei, im Auswärtigen Ausschuß vertraulich Auskunft zu geben. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte, an der sich die Abgg. Graf Westarp, Dr. Rosenberg, Wulle, Stampfer, Dr. Bernstein u. a. beteiligten, beschloß der Ausschuß gemäß einem Antrag des Abg. Graf Westarp, daß die Erklärung der kommunistischen Mitglieder über die Vertraulichkeit der Verhandlungen nicht als ausreichend betrachtet werden könne. Der Reichstag solle deshalb eine Aenderung des § 28 der Geschäftsordnung in Erwägung ziehen. Dieser Beschluß geht an das Plenum des Reichstages und wird von dort dem Geschäftsordnungsausschuß zur weiteren Behandlung überwiesen werden. Der kommunistische Antrag auf Oeffentlichkeit der Sitzungen wurde abgelehnt.

Berlin, 17. Juni. Im Verlauf der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags erklärte u. a. Reichsbankpräsident Dr. Schacht, er hoffe, die im Zusammenhang mit dem Organisationskomitee stehenden Arbeiten noch im Laufe dieser Woche zu beenden. Die Reichsbank bleibe erhalten und werde entsprechend ihren neuen Aufgaben organisiert.

Der Graff-Prozeß.

Stettin, 17. Juni. Der Angeklagte Engeler gibt bei seiner Vernehmung eine zusammenhängende Darstellung, wie er mit Paws auf Leutnant Graff schoß, und die im wesentlichen derjenigen entspricht, die er am ersten Verhandlungstage abgegeben hat. Engeler erzählt dann im weiteren Verlauf seine Flucht mit Paws nach Stettin. Vorsitzender: Sie sind später hastet worden und haben wiederholt vieles anders geschildert, als Sie es heute behaupten. Engeler: Ich habe meinem Zeugen im besetzten Gebiet möglichst wenig Unannehmlichkeiten machen wollen. Als ich von seiner Verhaftung erfuhr, habe ich meine Aussagen möglichst nach den Vorhaltungen eingerichtet, die man mir eingehend machte und von denen ich annahm, daß sie sich aus den Aeußerungen von Paws und Schraath ergeben hätten. Vorsitzender: Sie haben auch einmal gesagt, daß Sie nicht geschossen hätten. Engeler: Das habe ich gesagt, weil ich nicht in Sachen dem belgischen Gericht in die Hände fallen wollte. Engeler betonte, daß das, was er heute sagte, richtig sei.

Ein Anfang zur Besserung?

Paris, 17. Juni. In einer offiziellen Auslassung der Havasagentur wird gemeldet, daß, um die Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland zu erleichtern, Kriegsminister Nollet beauftragt wurde, sofort Amnestiemaßnahmen für die im besetzten Gebiet verurteilten deutschen Staatsbürger in Bearbeitung zu nehmen. Die Amnestie solle nicht generell, sondern je nach der Art des Vergehens erfolgen. Dieser wichtigen Frage galt wahrscheinlich die Unterredung, welche Herriot gestern nachmittag bereits in seinem Kabinett mit Kriegsminister Nollet und dem Oberbefehlshaber der Besatzungstruppen hatte.

Paris, 17. Juni. „Ere Nouvelle" schreibt zur Ernennung des Generals Nollet zum Kriegsminister, diese Ernennung sei in gewissen Kreisen falsch ausgelegt worden. Die Rede Stresemanns im Reichstag zeige immerhin deutlich, daß das demokratische Deutschland sich über die Neuorientierung Frankreichs nicht täusche. Frankreich müsse zunächst etwas wie eine diplomatische Amnestie anordnen, indem es u. a. die deutschen Gefangenen auf der Insel St. Martin de Re zurückbringe (diese Gefangenen werden tatsächlich heute nach Gefängnissen des besetzten Gebietes abbefördert). Die deutsche Demokratie so fährt das Blatt fort, werde ohne eine französisch-deutsche Verständigung nicht lebensfähig sein. Die französische Demokratie werde zur Ohnmacht verurteilt werden, wenn sie Europa nicht den Tag der französisch-deutschen Aussöhnung gebe. Die einzige Bedingung für diese Aussöhnung bestehe darin, daß in Deutschland eine Geistesverfassung einziehe, die Frankreichs Edelmut anzuwenden gestatte.

Mainz, 17. Juni. Wie die „Mainzer Volkszeitung" meldet, sind von den in dem großen Mainzer Eisenbahnerprozeß vom 7. Mai 1923 verurteilten Eisenbahnern am Freitag bzw. Sonntag 18 Inhaftierte aus der Strafhaft entlassen worden, darunter 4 Eisenbahninspektoren. Außerdem wurden noch zwei weitere Eisenbahner begnadigt.

Paris, 17. Juni. Die Regierungserklärung, die heute im Parlament verlesen wurde, kündigt für die besetzten Gebiete einen Straferlaß an. Der betreffende Teil der Erklärung hat folgenden Wortlaut: Der Strafaufschub, der von den Besatzungsbehörden gewährt worden ist, wird in eine endgültige Begnadigungsmaßnahme umgewandelt werden. Auch für die politischen Verurteilten, ausgenommen die, welche wegen Anschläge gegen die Sicherheit unserer Truppen verurteilt worden sind, wird die Amnestie angewandt werden. Für die kleinen Beamten und Angestellten, die nur auf Anweisung gehandelt haben, werden die Ausweisungsbefehle zurückgenommen werden. Gewisse schwere Fälle werden besonders geprüft. Besser als alle Worte werden diese Beschlüsse beweisen, daß, wenn die deutsche Regierung ihrerseits die zur loyalen Durchführung des Sachverständigenberichtes erforderlichen Arbeiten beschleunigt, die französische Regierung den Bemühungen in Deutschland, wenn es mit Entschlossenheit den Weg der Demokratie und des Friedens betritt, entgegenzukommen vermag.

Die Botschaft Doumergues eine Verdächtigung Deutschlands.

Paris, 17. Juni. Der Präsident der Republik Doumergue gab im Ministerrat Kenntnis von der Botschaft, die er an Kammer und Senat richtet. In der Botschaft erklärt Doumergue: Unser Land begt keinen gefährlichen Ehrgeiz; es verlangt nur die Zahlung der Reparationen, die ihm feierlich versprochen wurden und Sicherheitsgarantien, die nicht illusorisch sind. Durch das Sachverständigengutachten scheint die Reparationsfrage ihrer dauernden Lösung entgegengehen zu wollen. Aber wir dürfen in unserem versöhnlichen Willen nicht soweit gehen, unsere Wachsamkeit einzuschläfern, um die Lehren der Vergangenheit zu vergessen. Frankreich darf nicht auf die Kontrolle verzichten, welche es kraft der Friedensverträge über einen Besiegten ausübt, der ihm den Anschein erweckt, daß er eine Revanche vorbereite, anstatt die unterzeichneten Versprechen einzuhalten. Das Parlament wie das Land lieben den Frieden ebenso sehr nach außen, wie im Innern und werden sich daher bemühen, den einen wie den anderen auf fester Grundlage aufzubauen. Mein innigster Wunsch ist es, hierbei, soweit es die Verfassung erlaubt, zu helfen und Frankreich auch weiterhin meine Erfahrung und Hingabe zur Verfügung zu stellen.

Verhaftung der Mörder Matteottis.

Rom, 17. Juni. Stadt und Provinz haben heute ein völlig normales Aussehen. Die nach dramatischer Verfolgung erfolgte Verhaftung des Direktors des „Corriere Italiano" Filipelli und eines gewissen Volpi, den die sozialistische Presse als einen der Mörder Matteottis bezeichnet, sowie die Besetzung des Ministeriums des Aeußern durch ein starkes Truppenaufgebot haben sehr zur Beruhigung beigetragen. Die Presse aller Richtungen weist die heftige Haltung der Pariser Blätter zurück und spricht Mussolini das Vertrauen aus.

Chiasso, 17. Juni. Der gestrige Ministerrat in Rom brachte die von vielen Blättern erhoffte Umbildung des Kabinettes nicht. Mussolini gab dort u. a. die Erklärung ab, daß die Demission Finzis mit der Angelegenheit Matteotti in keinem Zusammenhang stehe. Der Hauptschuldige Philippelli wurde auf Anzeige zweier römischer Journalisten bei Nervi auf hoher See verhaftet, als er versuchte, im Motorboot nach Frankreich zu entkommen. Während also nunmehr Philippelli, Haidi und Volpi sich in Haft befinden, ist der Aufenthaltsort des ehemaligen Presschefs Rossi nach wie vor unbekannt. „Nuovo Paese" veröffentlicht heute ein Schreiben Rossis, worin dieser erklärt, er sei nicht geflüchtet, sondern wolle sich in der Einsamkeit von der Aufregung der letzten Tage erholen. — „Messaggero" bestätigt übrigens heute ausdrücklich, daß die Polizei auch gegen Rossi einen Haftbefehl erlassen hat.

Rücktritt des amerikanischen Botschafters in Mexiko.

New-York, 17. Juni. Nach Meldungen aus Washington ist der amerikanische Botschafter in Mexiko, Warren, von seinem Amt zurückgetreten. Aus der Stadt Mexiko wird bestätigt, daß sich der englische Geschäftsträger, Gummins, in der britischen Botschaft verbarrikadiert hat und sich weigert, dem Ausweisungsbefehl der mexikanischen Regierung nachzukommen. Nach Telegrammen aus Stadt Mexiko nimmt die Belagerung des britischen Geschäftsträgers Gummin ihren Fortgang. Der Belagerte hat auf dem Botschaftsgebäude die britische Flagge gehißt.

Mexiko, 18. Juni. Die Regierung veröffentlichte gestern eine Mitteilung, in der sie erklärt, sie wolle eine kurze Zeit abwarten, ob die freundschaftlichen Bemühungen des chilenischen Gesandten, Großbritannien zur Abberufung des Vertreters Gummin zu veranlassen, Erfolg haben würden. Falls Gummin nach Ablauf der Frist Mexiko nicht verlasse, werde er ausgewiesen.

Reklame-Verkauf.

Nur bis 30. Juni 1924.

Anbetracht der großen Geldknappheit habe ich meine Preise bedeutend reduziert.

Einige Beispiele:

Arbeiterstiefel, Lederausführg., nur **7.90**
Herrenstiefel, Rindbox, nur **9.60**
Herrenhalbschuhe, echt Chevreaux, mit Riemchen, nur **12.—**
Damenstiefel 12.—, 9.— und 8.—
Damenhalbschuhe, spitze Form, echt Chevreaux, **8.50**
Weiße Halbschuhe, Fabrik. Wessel, **5.80.**

Große Auswahl in **Sandalen, Hausschuhen** und **Kinderstiefel,** wie auch **Lackhalbschuhe,** nur beste Rahmenware, sehr preisw. nach Qualität.

Waren können auf Wunsch bei kleiner Anzahlung auf 4 Wochen zurückgelegt werden.

Verkaufen Sie nicht diese günstige Gelegenheit.

Schuhhaus Hertz,
Neuenbürg.
Filiale Pforzheim, Oestliche 23.

Dr. Thompsons Seifenpulver (Marke Schwan) das Paket 30 Pfg.

Neuenbürg.
Kaufe
25 bis 30 Ztr. vorjähriges, unberegnetes
Heu
und erbitte billigste Angebote.
Eisenfurt-Sägewerk.

Bestellungen auf
Stempel
jeder Art nimmt entgegen
C. Meeh'sche Buchhandlung.

Herrenalb.
Jüngeres
Mädchen
per sofort gesucht.
Pension Romoser.

Tüchtiges, ehrliches
Mädchen
für kleinen Haushalt nach **Karlsruhe** auf 1. Juli gesucht.
Zu melden bei
Frau Dir. **Büttner,**
Herrenalb, Haus Katharina.

Ein großer Transport
trächtiger Kühe und Kalbinnen,

auch gewöhnt,
ist eingetroffen und ladet Kaufliebhaber freundlichst ein
Wolf, Viehhandlung, Pforzheim
Erbprinzenstraße 104. Telefon 2918.

Sie brauchen

Rechnungen, Quittungen, Couverts, Prospekte, Statuten, Postkarten, Zahlkarten, Zahltagtaschen, Aufklebeadressen, Programme, Visit-, Verlobungs- und Hochzeitskarten, Trauerbriefe, Trauerkarten, ::: Geschäftsbriefbogen, Mitteilungen. :::

Sie werden vorteilhaft und preiswert bedient in der **„Enztäler"-Druckerei** in allen Arten von

Drucksachen!

Urteil

wie untenstehend laufen täglich ein. Machen auch Sie einen Versuch mit den Spezialitäten der Firma Robert Ruf, Ettlingen.

Ruf's Heidelbeeren mit Zutaten.
„Rufina" Ruf's getrocknete Aepfel mit Zutaten, in Paketen zu 50 und zu 100 Ltr.
Ruf's Mostansatz mit Heidelbeerzusatz.
„Apfelina" Ruf's Mostansatz mit Aepfelzusatz in Flaschen zu 50 und zu 100 Ltr. — Mit und ohne Süßstoff.

Oberdielbach, 11. März 1924.

Möchte Herrn Ruf bitten, uns so bald wie möglich 1 Paket Heidelbeeren für 150 Liter und 1 Paket Heidelbeeren für 200 Liter ohne Süßstoff zu senden. Waren mit der letzten Sendung sehr zufrieden und denken wieder so guten Heidelbeerwein machen zu können.

gez. Wilhelm Schölch.

Niederlagen: **Alb. Bester, Neuenbürg; Gotthilf Geiges, Enzberg; Gottl. Huber Wwe., Enzberg; Friedr. Gaus, Enztal; Ad. Sommer, Maulbronn; Erh. Kärble, Herrenalb.**

Rheinische Creditbank, Niederlassung Herrenalb.

17. Juni 1924.

	Heutig. Kurs	Vorig. Kurs		Heutig. Kurs	Vorig. Kurs
Goldanleihe	4,2	4,2	Benz Akt.	12¼	—
3½ Dt. Reichsanl.	0,605	0,605	Buderus Akt.	—	8
4½ „ „	—	—	Charlottenburger Wasser Akt.	7,5	—
5½ „ „	0,081	0,700	Daiml. Mot. Akt.	15	2,4
3½% Württ. Staatsanleihe	0,375	0,390	Gaggenau Eisen Akt.	2,1	3½
4½ W. Staatsanl.	0,320	0,355	Germania Linoleum Akt.	3½	7
5½ Südd. Festwerthank Obl.	1,550	1,100	Harp. Bergb. Akt.	68	51
5½ Badische Kohlenanleihe	8,50	8,75	Höchst. Farb. Akt.	50,1	9½
5½ Neckar-Goldanleihe	—	—	Junghans Akt.	8¾	4,6
Dtsch. Bank Akt.	7	—	Köln-Rottw. Akt.	4¾	5,1
Disconto-Command. Akt.	7,4	8	Kollmar & Jourdan Akt.	4¾	16
Reichsbank Akt.	21¾	21½	Körting Gebr. Akt.	15½	4,9
Rhein. Creditbank Akt.	1,5	1½	Laurahütte Akt.	4½	4¾
Württ. Vereinsbank Akt.	1,8	1,8	Magirus Akt.	4¾	1,8
Hapag Akt.	20	21½	Mansfeld Akt.	1½	3¾
Nordd. Lloyd Akt.	4,1	4,3	N.S.U. Akt.	2½	3,9
Allg. Lokalb. Akt.	20½	—	Recharmeehe Akt.	3¾	—
Elekt. Hochb. Akt.	37½	38¾	Ind. Eichel Akt.	3,1	2,95
A.E.G. Akt.	5,6	6,8	Solz. Heilbr. Akt.	3,7	32
Bad. Anilin Akt.	6,6	12¼	Südd. Jucker Akt.	32	2,4
			Württ. Elekt. Akt.	4,25	3,9
			Zellstoff Waldhof Akt.	6	6¾

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw